

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

41. Jahrgang / 12

17. Januar 1986

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
zur Erinnerung an John F.  
Kennedy, der vor 25 Jahren  
als Präsident der USA vereidigt  
wurde: Vision von der  
zweiten Bündnis-Säule.

Seite 1

Rudolf Bindig MdB zur  
Lage auf Haiti: Duvalier-  
Diktatur am Ende?

Seite 3

Ernst Waltemathe MdB zur  
Entwicklung in Guatemala:  
Zivilregierung vor schwierigen  
Aufgaben.

Seite 4

Hans Böhler MdB zum  
80. Geburtstag von Hans  
Stephan: Den aufrechten  
Gang ermöglicht.

Seite 6

### Eine Erinnerung an John F. Kennedy

Seine große Vision von der zweiten Säule des atlantischen Bündnisses wurde von den Europäern noch nicht realisiert

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Vor 25 Jahren, am 20. Januar 1961, wurde John F. Kennedy als 35. Präsident der USA vereidigt. Mit ihm wurde ein Mann in das Präsidentenamt berufen, der für unzählige Menschen in aller Welt zum Symbol eines neuen politischen Aufbruchs wurde. Er verband jugendliche Ausstrahlung mit Ernst und Würde und überzeugte gerade dadurch die Menschen. Mit seiner Politik des „New Frontier“ strebte er auch den politischen Ausgleich mit der anderen Weltmacht, der Sowjetunion, an. Der Friede war für ihn „das wichtigste Thema auf Erden“. Er wußte, daß kriegerische Konfrontation sinnlos war und der Kalte Krieg überwunden werden mußte. Aber er war auch fest entschlossen, freiheitliche Prinzipien nach innen und außen zu wahren. Diesem Ziel diente auch die großzügige Unterstützung der Demokraten in der Dritten Welt. Deshalb suchte er auch im Inneren den Ausgleich zwischen schwarzer und weißer Bevölkerung. Er wies seinem Volk den Weg in den Weltraum und bereitete damit der technologischen Vorrangstellung der USA den Weg. Er war ein Freund Deutschlands, vor allem Berlins; sein triumphaler Besuch in der Bundesrepublik und in Berlin im Jahre 1963 sind unvergessen.

Gewiß: John F. Kennedy blieb von schweren Prüfungen, von Mißerfolgen und Rückschlägen nicht verschont. Die Kuba-Krise fiel ebenso in seine Amtszeit wie der Mauerbau in Berlin oder der

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veränderte Übergang  
inveränderte Substanz  
Rezeption-Punkt



Beginn des militärischen Engagements der USA in Südostasien. Und in manchem hat John F. Kennedy seine Zeit auch überfordert.

Gerade wir Europäer müssen dies selbstkritisch feststellen. In seiner Rede vom 4. Juli 1962 in Philadelphia entwarf Kennedy seine Idee der atlantischen Partnerschaft, der gleichberechtigten Verflechtung Amerikas mit einem vereinten Europa. Auf diese große Vision haben wir Europäer bis heute nur unzureichend reagiert. Trotz aller unbestreitbaren Fortschritte des Einigungswerks hat Europa noch nicht zu der Einheit gefunden, die es zu seiner Selbstbehauptung braucht. Die es braucht, um, den Worten Kennedys folgend, zur zweiten Säule des atlantischen Bündnisses zu werden.

Deshalb erneuern wir gerade an diesem Tag unsere Forderungen: Wir wollen, daß Europa zu seiner Einheit findet, daß es mit einer Zunge spricht, daß es sich auf seine Identität besinnt. Ein einiges Europa kann - stärker als es das heute tut - auf die weltpolitische Entwicklung ausgleichend und mäßigend einwirken. Mit den Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Volk hat Europa die Überzeugung gemeinsam, wie die Gesellschaft demokratisch und rechtsstaatlich verfaßt sein soll und wo die Grenzen staatlicher Macht gegenüber dem Individuum und seinen Rechten verlaufen sollen. Mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern teilt es die Erfahrung, was es bedeutet, wenn fremde Armeen das eigene Land verwüsten und Millionen von Todesopfern fordern. Es könnte daher leisten, was Amerika so nicht zu leisten vermag.

Auch dies mag John F. Kennedy vor Augen gehabt haben, als er seine Gedanken über die Rolle Europas im atlantischen Bündnis formulierte.

(-/17.1.1986/rs/ks)

+ + +



Duvalier-Diktatur am Ende?

Die Menschen auf Haiti wehren sich gegen ihre grausamen Unterdrücker

Von Rudolf Bindig MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

In diesen Tagen überziehen politische Unruhen und Massenproteste Haiti. Dem britischen „Guardian“ zufolge scheint der Präsident auf Lebenszeit, Jean-Claude Duvalier, die Kontrolle über das Land zu verlieren. Haitis Hauptstadt Port-au-Prince ist von Flugblättern überschwemmt, auf denen zu landesweitem Streik gegen das Regime aufgerufen, an Schüler und Studenten appelliert wird, den Unterricht so lange zu boykottieren, bis die Duvalier-Diktatur am Ende ist.

Haiti mit seinen knapp sechs Millionen Menschen ist das ärmste Land Lateinamerikas. Von Washington wird das strategisch wichtig gelegene Haiti - zusammen mit der Dominikanischen Republik teilt es sich die Insel Hispaniola - als ein befreundeter Staat betrachtet. In dem durch Waldraubbau und Erosion ausgelaugten, und nur zu 30 Prozent nutzbarem Land, stirbt die Hälfte der Menschen an Hunger und Darmkrankheiten. Nach Aussagen der Weltbank ist in Haiti die Kindersterblichkeit die höchste der Erde.

1971 hatte Jean-Claude Duvalier („Baby Doc“) die von seinem Vater Francois („Papa Doc“) selbstgemachte „Erbrepublik“, eines der blutigsten Regime der Karibik, übernommen. Wie schon ein Jahr zuvor von der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Americas Watch wird von Amnesty International in ihrem neuesten Bericht angeprangert, grobe Menschenrechtsverletzungen seien auch heute noch in Haiti an der Tagesordnung. Im Gegensatz zu früheren Jahren gehe das Regime heute selektiv vor und verfolge gezielt und brutal vor allem mißliebige Gewerkschafter, Politiker und Journalisten.

Die Bundesregierung hat für Haiti in einer Mehrjahreszusage für 1986 33 Millionen DM an Entwicklungshilfe eingeplant. Angesichts der dort herrschenden Menschenrechtssituation muß sichergestellt werden, daß diese Mittel nur direkt der notleidenden Bevölkerung zugute kommen. Die Bundesregierung muß sich zudem fragen lassen, warum sie mit dem Hinweis auf die Linderung der Not der Bevölkerung der rechten Familiendiktatur in Haiti in erheblichem Umfang Entwicklungshilfe leistet, während sie nicht bereit ist, der armen Bevölkerung in Nicaragua Hilfe zu gewähren. Die politische Einäugigkeit dieser Bundesregierung ist unerträglich.

(-/17.1.1986/rs/ks)

+ + +

### Das Schicksal der Verschwundenen aufklären

#### Die Zivilregierung Guatemalas steht vor schwierigen Aufgaben

Von Ernst Waltemathe MdB

Argentinien wird nicht das Vorbild für Guatemala sein, denn schließlich ist die Militärregierung in Guatemala nicht aus einer Niederlage und innenpolitischem Druck heraus zurückgetreten. Die Wahlen sind vielmehr dem eigenen militärstrategischen Konzept zuzuordnen, genauso wie die Massaker von 1982 bis 83, genauso wie die Anlage der Modelldörfer und die Strategie der verbrannten Erde. Nachzulesen ist dieses Konzept im Nationalen Sicherheits- und Entwicklungsplan von 1982, in dem als einer der letzten Punkte aufgeführt wird: „Wiederaufbau des Wahlsystems ... um die konstitutionelle Ordnung des Landes als eine Angelegenheit von Wichtigkeit wieder einzuführen.“

32 Jahre lang währte (bisher) die Militärrherrschaft. Seit 1954 kämpft die Armee gegen die „subversive Konspiration“ im eigenen Land: In den 50er Jahren gegen die „kommunistisch infiltrierte“ Agrarreform, in den 60er Jahren gegen eine ländliche Guerillabewegung angeführt von Dissidenten aus den Reihen des Militärs. In den 70er Jahren trug der Kommunismus angeblich die Maska der katholischen Kirche und arbeitete mit Hilfe von Gewerkschaften, Akademikern und sozialdemokratischen Parteien. 1981 bis 82 operierte die Subversion in den unzugänglichen Bergen im Nordwesten Guatemalas, dieses Mal mittels einer neuen Form der Guerillaorganisation, die die indiansche Landbevölkerung zu gewinnen suchte.

In all den Jahren schlug die Armee die angeblich „kommunistische Bedrohung“ zurück und eliminierte die wie auch immer daran beteiligte Bevölkerung. Diese Gewaltherrschaft hinterläßt heute einen best-organisierten Militärapparat und ein Land, das sich weiterhin flächendeckend unter der Kontrolle der Armee befindet. So ist das guatemaltekische Territorium in 32 Hauptquartiere unterteilt worden, dem jeweils ein Offizier vorsteht, der sowohl für die Eindämmung der „subversiven Umtriebe“ als auch für die Realisierung „sozialer Reformprojekte“ zuständig ist. Die Militärregierung hinterläßt aber auch zigtausende Tote und 38.000 Verschwundene seit 1954. Nachforschungen über das Verbleiben der



Menschen waren bisher kaum möglich und lebensgefährlich, wie die „Gruppe für gegenseitige Hilfe“ immer wieder erleben mußte. Mejia Victores verkündete am 15. März 1985, die Suche nach verschwundenen Familienangehörigen sei „subversiv“.

Das Weltbild der Militärs hat sich in den letzten dreißig Jahren nicht verändert. Sie halten weiterhin sehr wenig von der Demokratie. Ihnen dienen die Wahlen allein zur internationalen Reputation, um neue ausländische Finanz- und Militärhilfe zu erhalten und die lästigen Fragen zur Menschenrechtssituation einzudämmen. Ihren Machtbereich haben sie sich abgesichert. Dagegen muß der christdemokratische Präsident Vencio Cerezo vorsichtig arbeiten, da für ihn die Gefahr eines Militärputsches jederzeit besteht.

Vor diesem Hintergrund sprach sich Vencio Cerezo bereits gegen Säuberungen des Militärapparates aus: „Wenn ich einen Offizier verurteile, dann werden die Militärs mich auffordern, einen Guerillero zu verurteilen.“ Aber wer ist letztendlich verantwortlich für die Einhaltung der Menschenrechte, wenn nicht der Staat? Nur er ist zur Rechenschaft zu ziehen, denn nur er hat dafür zu sorgen, daß auch politische Morde als kriminelle Straftaten geahndet werden.

Folter, Schmerzen, das Leid um ermordete Familienangehörige, Hunger und soziale Ungerechtigkeiten lassen sich eben nicht mit solchen Worten verdrängen und vergessen wie „wenn man aber den Krieg beenden will, dann muß man die Vergangenheit hinter sich lassen“. (Cerezo). Sollte sich die Christdemokratische Regierung aber wenigstens für die Aufklärung der Verschwundenen einsetzen und die Nachforschungen der „Gruppe für gegenseitige Hilfe“ (GAM) nicht mehr als „subversiven Akt“ ansehen (wie es die Militärregierung Mejia Victores tat), so sei ihr die nötige Unterstützung zugesagt. Vielleicht ist die selbsterlassene Amnestie der Militärs für Verstöße gegen die Menschenrechte sogar eine Chance: Wenn die Täter nicht bestraft werden können, kann die Aufklärung der Taten doch keine Bedrohung für sie sein.

(-/17.1.1986/rs/ks)

+ + +



Ein Glückwunsch an Hans Stephan

Er gehört zu den Sozialdemokraten, die uns nach 1945 den aufrechten Gang ermöglichten

Von Hans Büchler MdB  
Mitglied des Fraktionsvorstands  
Präsident der deutschen Gartenfreunde

Hans Stephan wird morgen 80 Jahre alt. Dieser im schlesischen Breslau geborene Sozialdemokrat ist einer der Menschen, bei denen man zögert, das Adjektiv „alt“ zu den 80 Jahren anzufügen. Vitalität, geistige wie körperliche Beweglichkeit und jede Menge neuer Pläne und Ideen bei Hans Stephan stehen dagegen. Ich habe nachgelesen, daß den schlesischen Menschen eine besondere Synthese aus österreichischer und preußischer Mentalität charakterisiert: Verbindlichkeit und Zielstrebigkeit. Beides finden wir bei Hans Stephan, beides durchzieht seine Biographie, beides ist immer präsent.

Seine ersten politischen Gehversuche datieren aus der Weimarer Republik. Mit 15 ist er in der Sozialistischen Arbeiterjugend, mit 19 in der SPD, mit 24 Jahren Bezirksjugendsekretär im Bezirk Mittelschlesien. Dann, im Sommer 1933, trifft sich der 27jährige Hans Stephan mit Erich Offenhauer und anderen Sozialdemokraten auf der Wiesenbaude im Riesengebirge. Was sich heute so harmlos liest, war damals praktizierter Widerstand. Widerstand gegen die NS-Diktatur - und natürlich können keine Worte widerspiegeln, was dies damals bedeutete.

Heute bewundern wir Hans Stephan, weil er durch die Gefängnisse und Zuchthäuser von Breslau, Wohlau und Groß-Strehlitz ging, weil er den psychischen Druck der permanenten Überwachung und Bespitzelung durch die Gestapo aushielt, weil ihn das Strafbataillon 999 nicht mürbe machte, weil er damit einer derjenigen wurde, die uns Sozialdemokraten nach dem Kriege Identität und den aufrechten Gang ermöglichten. Heute bewundern wir ihn, aber ich möchte nicht wissen, mit wieviel Verzweiflung, Selbstzweifel und Einsamkeit Hans Stephan zwölf Jahre lang dafür zahlte. Die Nazis konnten den sozialdemokratischen Idealismus nicht brechen. Nach 1945 war er bei denen, die von Anfang an um die Notwendigkeit eines gerechten Ausgleichs zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn wußten und ihn - was noch wichtiger war - praktizierten. Als Mitarbeiter beim Parteivorstand in Hannover und dann ab 1951 in Bonn konnte er die dafür erforderlichen Akzente im Vertriebenen-Referat setzen. Daß die Gespräche zwischen den Vertriebenenverbänden und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtig in Gang kamen und immer ein wesentliches Element unserer Politik der Versöhnung blieben, ist eine der herausragenden Verdienste Hans Stephans, für die wir ihm auch heute noch danken.

Hans Stephan ist im besten Sinne ein Fachmann und hat sich gleichzeitig immer darum bemüht, in verschiedenen Foren, Arenen und Funktionen etwas von seinen Erfahrungen zu vermitteln. So war er als Herausgeber der „Brücke“ journalistisch verantwortlich tätig und hat im Umfeld der Arbeiterbewegung die große Bedeutung der Kleingartenbewegung für unsere Partei erkannt. Es paßte in sein und unser Konzept der praktizierten Völkerverständigung, enge Verbindungen mit der starken polnischen Kleingartenbewegung zu knüpfen. Schließlich wurde er von 1977 bis 1980 Präsident der europäischen Kleingartenvereinigung.

Hans Stephan hat großen Anteil am Aufbau der Organisation des Bundesverbandes der deutschen Gartenfreunde, eines 500.000 Mitglieder starken Verbandes. Sein tiefes Gespür für die Vernetzung von Lebenszusammenhänge, für das existentielle Aufeinanderangewiesensein von Mensch und Natur hat ihn zu einem der Vorreiter aller ökologischen Bewegungen werden lassen.

Ich bin mir sicher, daß beim passionierten Kleingärtner Hans Stephan der Schlüssel für seine erstaunliche Vitalität liegt. Diese Vitalität begeistert uns immer wieder - und das soll möglichst lange so bleiben. Wir brauchen Hans Stephans Rat und Unterstützung über seinen 80. Geburtstag hinaus.

(-/17.1.1986/rs/ks)

+ + +

